




■ schulnotizen

Positionen zu Schule, Bildung und Gesellschaft

SLV: Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz; Druckerei Wenin, Dornbirn; Verlagspostamt Feldkirch, P.b.b. GZ 02Z033923 M



Freie LehrerInnen
FSG-Unabhängige - SLV - VLI

- „Frühe Bildungsabbrecher“
 - Aufregung um Bildungsstandards
 - Braucht Voralberg eine Universität?
 - Dramatischer LehrerInnenmangel
- 

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Endstation Bildungsabbruch?

Im Oktober 2013 veröffentlichte die AK Feldkirch die Studie „Endstation Bildungsabbruch? Zweite Chance Bildung – Lernwege für Niedrigqualifizierte in Vorarlberg.“ Einer der beiden Verfasser, **Kurt Greußing**, skizziert in seinem Beitrag Veränderungen in der Arbeitswelt und zeigt auf, wie Firmen mit dieser Situation umgehen. Die Vernetzung von Bildungseinrichtungen und Unternehmen ist für eine gelingende Berufsorientierung unverzichtbar. Insgesamt sind in Vorarlberg die Möglichkeiten einer Kooperation von Schulen und Betrieben in der Berufsorientierung und der Berufsvorbereitung noch lange nicht ausgeschöpft.

Wo bleibt die Pädagogische Universität Vorarlberg?

Vor einigen Jahren war sie in aller Munde: eine Pädagogische Uni in Vorarlberg. Mittlerweile ist es verächtlich still geworden. **Katharina Wiesflecker** befürchtet, dass in Zukunft nur mehr PrimarstufenlehrerInnen in Feldkirch ausgebildet werden und SekundarstufenlehrerInnen an die Uni Innsbruck pilgern müssen. Sie fordert die politisch Verantwortlichen auf, für eine gleichberechtigte Kooperation zwischen Innsbruck und Feldkirch zu kämpfen.

Die Besten im Westen ...?

Claudia Niedermair analysiert die Ergebnisse der Bildungsstandardüberprüfungen (BIST), sieht an vielen Schulen Rechnen statt Mathematik und fordert u.a. Zeit für Selbstreflexion.

Dramatische Personalknappheit

Die am Anfang des Schuljahres auch in den „Schulnotizen“ geäußerte Freude über die entspanntere Personalsituation hielt nicht lange an. Eine vom Zentralausschuss initiierte Umfrage bei den Vorarlberger DirektorInnen erbrachte ein ernüchterndes Ergebnis. **Armin Roßbacher** lässt in seinem Beitrag Betroffene anonym zu Wort kommen und zeigt auch einen möglichen Lösungsweg auf, neue LehrerInnen zu rekrutieren – ohne sie deshalb aus dem Hut zaubern zu müssen.

Schulplaner – Bestellung möglich

Großen Anklang hat im vergangenen Herbst der Schulplaner der Freien LehrerInnen gefunden. Auch für das nächste Schuljahr werden wir ihn wieder zur Verfügung stellen – kostenlos! Auf unserer Homepage www.freielehrer.at gibt es ein Ansichtsexemplar zum Durchblättern. Bestellungen bitte an: unterkoflergerhard@hotmail.com oder schulnotizen@hotmail.com.

Die Redaktion

- 3 Garys Nadelstiche
- 4 Bildungsabbruch
- 8 (Nicht nur) Erfreuliches
- 9 Sie fragen, wir antworten
- 10 Infos für den Schulalltag: Pflegekarenz
- 11 Infos für den Schulalltag: Pflgeteilzeit
- 12 Die Besten im Westen ...
- 15 LehrerInnenmangel
- 16 Gastkommentar
von LAbg. Katharina Wiesflecker
- 17 Termine
- 18 Aus der Gewerkschaft
- 19 SLV-Linien
- 20 Der Schulplaner

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Sozialistischer Lehrerverein Vorarlberg,
Vorsitzender: Willi Schneider,
Kehlerstraße 22a, 6900 Bregenz

Verantwortliche Redakteure:

Armin Roßbacher, Gerhard Unterkofler

Mitarbeiter dieser Ausgabe:

Kurt Greussing, Claudia Niedermair,
Katharina Wiesflecker, Willi Schneider

Layout: Franz Bickel

Druck und Herstellung:

Druckerei Wenin, Dornbirn

Die Schulnotizen sind ein Diskussionsorgan. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung der Freien LehrerInnen entsprechen.

E-Mail: schulnotizen@hotmail.com

Homepage: www.freielehrer.at

Facebook: Freie LehrerInnen



Garys Nadelstiche

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

BIFIE-LEAKS

Kaum hat sich die Nachricht über die Medien verbreitet, dass zahlreiche Testdaten von SchülerInnen und E-Mailadressen von LehrerInnen auf einem rumänischen Server offen präsentiert wurden, kam vom ÖVP-Lehrergewerkschafter Paul Kimberger die Forderung nach dem Rücktritt der Unterrichtsministerin Heinisch-Hosek. Nachdem Claudia Schmied nicht mehr für die medialen Ohrfeigen zur Verfügung steht, schießt sich also der schwarze Gewerkschafter nun auf die neue Ministerin ein. Kimberger hätte aber wohl gut daran getan, keinen solchen Schnellschuss zu machen und zumindest die Untersuchungsergebnisse abzuwarten.

Rücktrittsforderungen an die Ministerin sind kein Beitrag zum Datenschutz.

Die roten und unabhängigen Gewerkschafter in der GÖD waren darüber jedenfalls nicht besonders „amused“. So schreibt

die UG (Unabhängige Gewerkschaft in der GÖD), dass Rücktrittsforderungen an die Bildungsministerin kein Beitrag zum Datenschutz und zur Reorganisation des BIFIE seien.

Selbst der Ex-Bifie Chef Günter Haider, der keinen Grund hat, die Bifie-Führung mit Samthandschuhen anzufassen, meinte in den Salzburger Nachrichten, dass das Bifie in diesem Fall nicht Täter, sondern Opfer sei. Und die Kapsch BusinessCom erklärte: „Das war kein Datenleck, sondern ein von langer Hand geplanter gezielter Angriff.“ Wir können also von einem Kriminalfall sprechen. Interessant dürfte sein, wer Interesse daran hatte, eine solche Schadsoftware zu installieren. Wem wollte man damit schaden?

Auf jeden Fall hat die Ministerin mit dem Stopp aller Tests bis zur Klärung des Falles, der nun von der Staatsanwaltschaft untersucht wird, reagiert.

Über etwas sollte man sich aber schon im Klaren sein: Absolute Datensicherheit gibt es nicht. Doch die Lehrer erwarten, dass das Ministerium und das Bifie aus dem Ergebnis der Untersuchungen Konsequenzen ziehen. Wir wollen nicht, dass die Daten der Bildungsstandards plötzlich offen durchs Internet rauschen. Dann nämlich wären den Schulrankings Tür und Tor geöffnet. Die Medien würde dies sicherlich freuen.

STAATSBEDIENSTETE UND INTERNETFOREN

Auch wenn das Gegenteil bewiesen werden kann, Zeitungen und manche Zeitgenossen im Internet behaupten es trotzdem immer wieder: Österreich habe einen aufgeblähten Beamtenapparat, der unbedingt verkleinert gehöre. Das Gegenteil ist der Fall, wir stehen nämlich im OECD-Vergleich sehr gut da und haben einen schlanken Öffentlichen Dienst. Im Staatssektor sind etwas mehr als 10 % der Bevölkerung beschäftigt. Der OECD-Durchschnitt liegt etwas über 15 %. Seit 2005 ist die Anzahl des Personalstandes im Verwaltungsdienst kontinuierlich gesunken. Und noch etwas erfahren wir vom OECD Bericht: Unsere Staatsbediensteten verdienen weniger als ihre KollegInnen im internationalen Vergleich.

Doch es hat sich halt zu einem Volkssport entwickelt, BeamtInnen und da auch LehrerInnen öffentlich zu diskreditieren. Besonders schlimm

geht es dabei in den Internetforen zu, wo sich Kleingeister, Feiglinge und Neider hinter Falschnamen verstecken und dann im Dunkel der Internet-Anonymität „mutig“ auf oft unflätigste Art und Weise LehrerInnen beschimpfen. Meinungsfreiheit ist ein wichtiges Gut, doch zu jeder Meinung gehört auch der Name, der diese vertritt. Man muss sich fragen, weshalb nicht auch bei solchen Internetforen – wie bei Leserbriefen – der richtige Name zur Pflicht wird.

Kleingeister, Feiglinge und Neider im Dunkel der Internet-Anonymität.

NOTENDRUCK IN DER VS

Es geschehen immer wieder überraschende Dinge im Staate Österreich. Wir LehrerInnen erinnern uns doch noch gut daran, als zu Stemers Blütezeiten vollmundig in Hochglanzbroschüren verkündet wurde, dass die Neue Mittelschule einen Beitrag zur Reduktion des Notendrucks in den Volksschulen leisten werde. Milde gelächelt haben damals viele KollegInnen, während andere mürrisch über die Unwissenheit Stemers geschimpft haben. Denn die VolksschullehrerInnen wussten es natürlich: Solange neben der Mittelschule die AHS-Unterstufe existiert, wird der Notendruck in der 4. Klasse Volksschule weiterhin bestehen bleiben. Kürzlich hat dies auch der Mittelschul-Koordinator in Vorarlberg, BSI Christian Kompatscher, in den VN bestätigt.



Endstation Bildungsabbruch?

Herausforderungen für Schul- und Berufsbildung

Kurt Greussing (greussing@yahoo.com)

Personen mit maximal Pflichtschulabschluss, also so genannte „frühe Bildungsabbrecher“, sind eine Gruppe, die in besonderem Maße von Armutsgefährdung, Arbeitslosigkeit und prekären Erwerbsverläufen betroffen ist. Die Vermeidung von frühem Bildungsabbruch und die Weiterqualifizierung von Bildungsabbrechern stellen eine bildungs-, wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung dar, deren Bewältigung angesichts von Fachkräftemangel und steigenden Anforderungen auch an niedrigqualifizierte Arbeit zunehmend in den Fokus rückt.

In Vorarlberg handelt es sich in der Gruppe der 15- bis 39-Jährigen um rund 15.000 Personen (etwa 13 % der Altersgruppe), die über keinen Lehr- oder Schulabschluss verfügen. Sie sind somit „frühe Bildungsabbrecher“ bzw. gelten als niedrigqualifiziert. Viele dieser formal Niedrigqualifizierten weisen freilich langjährige berufspraktische Kompetenzen auf, die bis an das Niveau der Facharbeit heranreichen können. Doch sind diese Kompetenzen meist nicht formal anerkannt, und ihr Potenzial bleibt für eine gezielte Weiterqualifikation ungenutzt.

Vor allem geht es darum, einen frühen Bildungsabbruch nach Möglichkeit von vornherein zu verhindern. Berufsorientierung in der Schule spielt dabei eine entscheidende Rolle. Die Schweiz hat sich das Ziel gesetzt, bis zur Mitte dieses Jahrzehnts den Anteil „früher Bildungsabbrecher“ bei jungen Jahrgängen von 10 auf 5 Prozent zu senken.

VERÄNDERUNGEN DER ARBEITSWELT

„Frühe Bildungsabbrecher“ bzw. Niedrigqualifizierte gibt es in Europa als neue arbeitsmarkt- und bildungspolitische Herausforderung deswegen, weil sich ein grundsätzlicher Wandel in der Arbeitsteilung vollzogen hat¹. Das „fordistische“ Modell der Produktionsorganisation – mit klaren Hierarchien und routinierten Arbeitsabläufen – wird vom Kooperationsmodell abgelöst. Durch Personalrationalisierungen werden Aufgaben neu verteilt: Niedrigqualifizierte sollten heute tendenziell Aufgaben mitübernehmen, die früher ein Fach- oder Vorarbeiter innehatte – vor allem Organisations- und Entscheidungsfunktionen, die Überblick, Selbstverantwortung und Teamkommunikation verlangen. Oder anders: Der ideale Niedrigqualifizierte sollte sein eigener Vorarbeiter sein.

Zusammengefasst ergibt sich – auch aus Gesprächen mit Personal- und Ausbildungsverantwortlichen in Vorarlberger Betrieben, die für eine von der AK Vor-

arlberg kürzlich veröffentlichte Studie² geführt wurden – folgendes Bild im Hinblick auf Anforderungen an Niedrigqualifizierte:

Im Bereich der Industrie überlagert sich angelernte Arbeit mit Facharbeit; die Übergänge werden hier breiter und haben mit Qualitätsmanagement und Kontrolle, Kommunikation mit Computern, Kommunikation mit anderen Arbeitskollegen bei Schichtübergaben und Fehlermeldungen zu tun. Es ist ein gehobenes Verständnis von Betriebsabläufen erforderlich, sodass Probleme mit dem erzeugten Produkt oder mit der Produktionsanlage an zuständige Fachkräfte kommuniziert werden können.

Im Gewerbebereich werden von angelernten Arbeitskräften kompetente Kundenkontakte, Abstimmung mit anderen Handwerkern, selbständige Verwaltung von Zeit- und Einsatzplänen und Verantwortung für geführte Mitarbeiter im Team verlangt. Die in Vorarlberg sehr stark vertretenen kleineren und mittleren Handwerksbetriebe haben eine entscheidende Änderung in der Beziehung zu ihren Kunden erfahren. Denn während früher der Firmenchef selbst oder einer seiner Handwerksmeister den Kontakt mit den Kunden pflegte, wird heute von allen MitarbeiterInnen, unabhängig von der Qualifikation, Dienstleistungs- und Kundenorientierung verlangt. Alle MitarbeiterInnen müssen daher in der Lage sein, fachlich korrekte Antworten auf Fragen



Foto: Dieter Schütz_pixelio.de

der Kunden zu geben und Kundenwünsche, wenn nicht zu erfüllen, so doch kompetent entgegenzunehmen und an die Zuständigen weiterzuleiten. Dazu gehören entsprechendes Benehmen und ein grundlegendes Verständnis des Arbeitszusammenhanges. Kunden erwarten lösungsorientierte Auskünfte von jedem beliebigen Mitarbeiter, mit dem sie zu tun haben.

Im Dienstleistungssektor ist selbst in Bereichen klassischer Hilfsarbeit die Fähigkeit gefragt, Einsatzpläne und Gebrauchsanleitungen zu lesen und zu verstehen, bei personenbezogenen Dienstleistungen sich im Umgang mit Kunden sachkundig und freundlich zu verhalten, einfaches Berichtswesen zu beherrschen sowie in Teams zu kommunizieren und zu kooperieren.

Zusätzlich werden in allen Branchen Lese-, Verständnis- und Eingabekompetenzen im Umgang mit Displays erwartet, weiters die Fähigkeit zum Erkennen von Fehlern, das Verständnis von Qualitätsstandards sowie die Kompetenz, Fehler festzustellen und sie, gegebenenfalls

„Anforderungen an die Fähigkeit zu schriftlicher Kommunikation sind gewachsen.“

mittels elektronischer Einrichtungen wie Kameras, korrekt zu melden.

Insgesamt ist selbst bei klassischen Hilfsarbeiten und bei angelernten

Arbeiten der Schriftlichkeitsdruck immens gestiegen; das heißt, die Anforderungen an die Fähigkeit zu schriftlicher Kommunikation und an das Verständnis von schriftlicher Information sind erheblich gewachsen.

QUALIFIKATIONSANFORDERUNGEN FÜR LEHRLINGE: WAS GIBT DIE SCHULE MIT?

Diese Entwicklungen spiegeln sich auch in den Kompetenzen und Fähigkeiten wider, die von Lehrlingen verlangt werden. Im Vordergrund der gewandelten Anforderungen an Lehrlinge stehen Veränderungen im Hinblick auf technische Kenntnisse sowie auf persönliche und soziale Fähigkeiten. Dazu zählen im technischen Bereich unter anderem EDV-Kenntnisse, das Verständnis technischer Prozesse und der Umgang mit neuen Materialien. Bei den sozialen und persönlichen Fähigkeiten werden von Ausbildern selbständiges Arbeiten, Flexibilität und soziale Kompetenzen genannt.

ABSCHLUSSZEUGNIS ALS RICHTSCHNUR?

Welchen Wert messen Unternehmen bei der Einstellung von Lehrlingen, aber auch von jungen Hilfskräften, den Abschlusszeugnissen der Pflichtschule zu? Für Unternehmen im Industriebereich, die über ein gut entwickeltes Ausbildungs- und Personalrekrutierungssystem

verfügen, sind jedenfalls schlechte Noten („Genügend“ und „Nicht genügend“), besonders in Mathematik, ein Ausschließungskriterium. Soweit betriebsinterne Tests angewandt werden, zählen deren Ergebnisse. In vielen Handwerksbetrieben, zumal im Baunebengewerbe, hat sich ein sehr nüchterner Blick auf die Bedeutung von Schulnoten durchgesetzt. Für manche Betriebe sind Zeugnisse nur eines unter mehreren Kriterien für die Entscheidungsfindung. Teilleistungsschwächen werden großteils akzeptiert, wenn andere Kompetenzen ausreichend positiv (bis „Befriedigend“) bewertet sind.

Allgemein gilt, dass Schulzeugnisse im Verhältnis zu Aufnahmetests und Bewerbungsgesprächen eine geringere bewertete Rolle spielen. Ein gutes Zeugnis, so formuliert es ein Ausbilder in einem Metallbetrieb, ist ein Pluspunkt, aber keineswegs entscheidend. Der Zwiespalt, dass einerseits sehr spezifische und klare Anforderungen an die Schulen gestellt werden, andererseits durch das geringe Gewicht von Zeugnisnoten schulische Leistungen de facto entwertet werden, ist vielen Ausbildern bewusst. Dies ist eine Thema, das in einer engeren Kooperation von Betrieben und Pflichtschulen (inklusive Polytechnischen Lehrgängen) durch eine Verständigung über gemeinsame Standards und deren verlässliche Darstellung in Zeugnissen bewältigt werden müsste.

„Ein gutes Zeugnis ist ein Pluspunkt, aber keineswegs entscheidend.“

DEUTSCH UND MATHEMATIK – WO BRENNT’S?

Wer in den letzten Jahren die politisch aufgeregte Diskussion über die Notwendigkeit eines sehr guten Deutsch-erwerbs durch MigrantInnen aufmerksam verfolgt hat, wundert sich zurecht, welchen geringen Stellenwert das Thema im betrieblichen Alltag hat und wie gut dort sprachliche Integration in der Praxis funktioniert.

Natürlich sind im Arbeitsleben ebenfalls Deutsch-Grundkenntnisse gefordert – etwa, dass eine schriftliche Anleitung zur Materialverarbeitung sinnerfassend gelesen oder ein Regiebericht über geleistete Arbeit und Materialverbrauch geschrieben werden kann. Doch auch wenn in Ausnahmefällen bei Lehrlingen mit nichtdeutscher Muttersprache Verständnisprobleme auftreten, scheinen Deutschkenntnisse generell kein Problem zu sein. Dieser Befund wird auch durch Meinungen aus der Industrie bestätigt: In Vorarlberger Großbetrieben der Textil- und der Papierbranche zum Beispiel, in denen zu einem erheblichen Teil migrantischstämmigen MitarbeiterInnen beschäftigt sind, stellen Deutschkenntnisse kein relevantes Thema dar, weil sie für die betrieblich erforderliche

Kommunikation ausreichen und Personen mit nicht-deutscher Muttersprache sich schon längst als VorarbeiterInnen und SchichtführerInnen bewährt haben.

„Die Beherrschung der Grundrechnungsarten stellt LehrbewerberInnen oft vor unlösbare Probleme.“

Anders stehen die Dinge mit den mathematischen Kenntnissen. Dort stellt die Beherrschung der Grundrechnungsarten LehrbewerberInnen immer wieder vor unlösbare

Probleme: Prozentangaben und Bruchzahlen werden nicht als zusammenhängende Konzepte erfasst (zum Beispiel, dass 66 Prozent zwei Drittel sind), Distanz- und Raumwahrnehmungen können nicht in Maßeinheiten ausgedrückt werden, einfache Schlussrechnungen werden nicht beherrscht, auf praktische Aufgaben angewandte Additionen und Subtraktionen stellen ein Problem dar, und das Lesen einfacher Planzeichnungen stößt auf Schwierigkeiten. Gerade in diesem Bereich sind daher auch die intensivsten Bemühungen innerbetrieblicher Nachschulung festzustellen. Beim interviewenden Beobachter entsteht der Eindruck, dass Mathematik in der Schule oft rein formelhaft vermittelt und gelernt wird und eine projektorientierte Anwendung, zum Beispiel an einem Werkstück wie einem Holz- oder Blechobjekt, nie probiert worden ist.

Die von den Unternehmen ebenfalls beklagte Entfremdung der Kinder von allem Handwerklichen, dabei die Unkenntnis einfachster Werkzeuge und deren Ersatz durch Computerspiele, bekräftigt sicherlich das Unvermögen, die schulisch erlernte Mathematik praktisch einzusetzen.

Die Anforderungen an angelernte ArbeiterInnen unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen an Lehrlinge. Auch sie benötigen vor allem ein Grundverständnis mathematischer Operationen: Kenntnis der Maßeinheiten, Schätzvermögen und Beherrschung der Grundrechnungsarten.

BERUFSORIENTIERUNG: VERNETZUNG VON BILDUNGSEINRICHTUNGEN UND UNTERNEHMEN

Über bereits in Vorarlberg angebotene Maßnahmen zur Vermeidung von Bildungsabbruch, über „good practices“, also vorbildliche Praxis, vor allem in der Schweiz und in Deutschland beim Übergang Schule-Beruf sowie über inner- und außerbetriebliche Lernwege für Niedrigqualifizierte, auch in Verbindung mit praxisnahen Didaktiken, berichtet ausführlich die bereits erwähnte AK-Studie. Hier soll nun ein Thema angeschnitten werden, das bereits in einem früheren

Lebensaltersabschnitt relevant wird: schulischer Kontakt mit der Arbeitswelt und Berufsorientierung vor dem 14. Lebensjahr.

Bereits während der Kindergarten- und Grundschulzeit ist ein kindgerechter Kontakt mit der Arbeitswelt sinnvoll. Hier geht es keineswegs, wie Kritiker einwenden könnten, um eine Zurichtung der Kinder auf die Erfordernisse der Erwerbswelt, sondern um das mitgestaltende Erleben von Arbeitswelten, wie es früher für Kinder in Handwerks- und Bauernfamilien selbstverständlich war. Das Verschwinden dieser Möglichkeit ist von dem Sozialpsychologen Alexander Mitscherlich in dem Klassiker „Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft“ (München 1963) thematisiert worden: Durch das Unsichtbarwerden der Erwerbswelt, in der die Tätigkeit des Vaters (und inzwischen überwiegend auch der Mutter) angesiedelt ist, geht für die Kinder eine zentrale Dimension lebenspraktischer Erfahrung verloren. Die Frage ist, wie dieser Verlust unter den Bedingungen der postindustriellen Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft kompensiert werden kann: wohl nicht ausschließlich durch die Virtualisierung handwerklicher und anderer Berufswelten im „Sachunterricht“, sondern am besten durch einen praktisch erlebbaren kindgerechten Zugang zu Handwerk, Industrie und Landwirtschaft.

Die Vernetzung von Bildungseinrichtungen und Unternehmen ist für eine gelingende Berufsorientierung unverzichtbar. Sie kann in folgenden Bereichen und zwischen unterschiedlichen Akteuren stattfinden:

- durch eine frühe Vernetzung von Unternehmen mit Kindergarten und Pflichtschule
- durch eine Vernetzung während der Berufsorientierungs- und Berufswahlphase
- durch eine gute Vernetzung während der Berufsausbildung.

KOOPERATION VON BETRIEBEN MIT KINDERGARTEN UND GRUNDSCHULE

Aufgeschlossene Unternehmer sehen es als ganz wichtige Aufgabe an, Kinder zu einem möglichst frühen Zeitpunkt für unterschiedliche Handwerke zu interessieren und sie auf eine kindgerechte Art mit betrieblichen Abläufen vertraut zu machen. Dazu bedarf es einer engen Zusammenarbeit von Kindergarten beziehungsweise Schule und Betrieb. In der Volksschule können im Rahmen des Sachunterrichts gemeinsame Projekte entwickelt werden.

In Vorarlberg sind Kooperationen von Betrieben mit Kindergärten nur gelegentlich und lokal beschränkt anzutreffen. Mit Volksschulen hingegen gibt es bereits länger

bestehende und umfangreichere Projekte – etwa „Wif-zack“, eine Initiative von Lauteracher Handwerksbetrieben³, oder „Kinder in die Technik“, eine von Lehrlingen mitgetragene Maßnahme eines Dornbirner Technologieunternehmens⁴.

BERUFSORIENTIERUNGS- UND BERUFSWAHLPHASE

Die Phase der Berufswahlvorbereitung im engeren Sinn bezieht sich auf die 3. und 4. Klasse der Sekundarstufe I und auf das Polytechnische Jahr. Die Frage ist auch hier, wie praxisnah die Berufsorientierung erfolgen kann. Den Aufwand für die Informationsgewinnung auf der Basis von Betriebsbesuchen und Schnuppertagen tragen gegenwärtig de facto die Betriebe. Die aber wollen solche Aufwände über ihre unmittelbare Lehrlingsnachfrage hinaus verständlicherweise vermeiden.

Dies gilt besonders für kleine Betriebe, die den Arbeitsaufwand für die Schnuppernden nicht von den eigenen Ausbildern tragen lassen können, sondern wo alle im Betrieb Tätigen bei solchen Anlässen eingebunden sind.

So verständlich dieser Standpunkt von Betrieben ist, so sehr geht andererseits aus Interviews mit Jugendlichen hervor, wie notwendig eine gute Berufswahlvorbereitung in diesem Lebensabschnitt ist. Und die ist eben nicht allein durch die BerufsorientierungslehrerInnen zu bewältigen, sondern bedarf der Einbeziehung der Betriebe. Hier wäre die Frage zu klären, aus welchen Mitteln Betriebe für gut gestaltete Schnupperangebote, die über den eigenen Bedarf an Lehrlingen hinausgehen, entschädigt werden können.

„Kooperation von Schulen und Betrieben in der Berufsorientierung noch nicht ausgeschöpft.“

Insgesamt sind in Vorarlberg die Möglichkeiten einer Kooperation von Schulen und Betrieben in der Berufsorientierung und der Berufswahlvorbereitung noch lange nicht ausgeschöpft. Nur 20 % der Schulleitungen berichteten bei einer Forschungsbefragung von „häufigen“ oder „sehr häufigen“ Aktivitäten durch Bildungs- bzw. Lernpartnerschaften mit Betrieben. In fast 60 % der Fälle machten Betriebsvertreter „nie“ Unterricht, und nur in rund 30 % „gelegentlich“⁵. Und in 10 % der Schulen berichteten Betriebe „nie“ über Berufe, in über der Hälfte nur „gelegentlich“. Da ist also noch reichlich Raum für eine Intensivierung der Zusammenarbeit.

Sowohl von Unternehmern als auch von Institutionenvertretern wird inzwischen eine stärkere Vernetzung der schulischen Ausbildung der 10- bis 14-Jährigen und der Arbeitswelt gewünscht. Dabei gibt es in Vorarlberg bereits durchaus erfolgreiche Modelle für die Koopera-

tion von Sekundarstufe I (Neue Mittelschule) und Unternehmen – beispielsweise durch den „Werkraum Brengenerwald“, einen erfolgreichen Zusammenschluss von rund 80 Handwerksbetrieben dieser Region.

Etliche engagierte Ausbilder oder Gewerbetreibende in Vorarlberger Gemeinden gehen direkt in die Haupt- bzw. Neuen Mittelschulen, um ihre Betriebe und ihre Arbeitsfelder vorzustellen. Manchmal geschieht das zusammen mit Lehrlingen, die dann den etwas Jüngeren ihre Berufswahlmotive und Arbeitserfahrungen nahezubringen versuchen.

VERSCHRÄNKUNG VON SCHULE UND BETRIEB: BEISPIELE AUS DEUTSCHLAND

In einzelnen deutschen Bundesländern gibt es bereits Modellprojekte, durch die eine stärkere Integration von schulischem und betrieblichem Lernen stattfindet. Im Programm „Betrieb und Schule“ (BUS) in Nordrhein-Westfalen standen für lernschwächere SchülerInnen in 3.400 Betriebe Praktikumsstellen zur Verfügung. Während des letzten Schuljahres verbrachten sie zwei von fünf Schultagen in Betrieben⁶. Ein ganz ähnliches Ziel verfolgen die sogenannten Praxisklassen in Bayern und die „Berufsstarterklassen“ in Niedersachsen⁷.

In Vorarlberg müssen Unternehmen ebenso wie Neue Mittelschule und Polytechnische Schulen zukünftig insgesamt mehr Verantwortung für berufsnaher Ausbildung und Qualifizierung und damit für einen glückenden Übergang in den Beruf übernehmen. Die Verantwortung der Schulen für Schülerinnen und Schüler endet nicht mit dem Ende der Pflichtschulzeit, und die der Unternehmen beginnt nicht erst dort.

- 1 Steven McIntosh / Hilary Steedman: Low skills: A Problem for Europe. Final Report to DG XII of the European Commission on the NEWSKILLS Programme of Research Education and Training: New Job Skill Needs and the Low-Skilled. Brüssel 2000 – <http://cep.lse.ac.uk/research/skills/tser/publications.html>
- 2 Eva Häfele / Kurt Greussing: Endstation Bildungsabbruch? Zweite Chance Bildung – Lernwege für Niedrigqualifizierte in Vorarlberg. Feldkirch, Okt. 2013. Bestellungen: kontakt@ak-vorarlberg.at; PDF-Download unter vb.garbeiterkammer.at/service/zeitschriftenundstudien/index.html
- 3 www.wif-zack.at/pro_part_handwerkbetriebe.php
- 4 www.heron.at ⇒ News und Termine ⇒ Presseinformationen
- 5 Eva Bahl: Kriterien guter Praxis im Übergang Schule – Beruf. Ergebnisse des Forschungsprojekts BRÜCKE in der internationalen Bodenseeregion. Weingarten 2013, S. 13
- 6 „Betrieb und Schule“ (BUS): www.arbeit.nrw.de/ausbildung/uebergang_schule_beruf/laufende_massnahmen/bus-startklar/index.php
- 7 Meike Baas u. a.: „Kleben bleiben?“ Der Übergang von HauptschülerInnen in eine berufliche Ausbildung. Eine vergleichende Analyse von „Praxisklassen“ in Bayern und „Berufsstarterklassen“ in Niedersachsen. München 2011



Bildungsstandards – Vorarlberg unter ferner liefen

Armin Roßbacher (armin.rossbacher@gmx.at)

Mediale Schelte sind wir LehrerInnen eigentlich gewohnt – leider! Dass es immer noch eine Steigerung geben kann, zeigte Andreas Feiertag, Leitartikler der Vorarlberger Regionalzeitungen, in einem Kommentar zu den Ergebnissen der Bildungsstandards. Eben diese für Vorarlberg mehr als ernüchternden Daten veranlassen auch Landeshauptmann Wallner, Konsequenzen zu verlangen.

Vorarlberg an letzter Stelle – ein Bildungstestdebakel, wie unsere Landeszeitung mit großer Schlagzeile vermeldete. Die Ergebnisse der Volksschüler in Mathematik waren im Österreichdurchschnitt mehr als ernüchternd, die Resultate in Englisch im Mittelstufenbereich zwar um einiges besser, mehr aber auch nicht. Die Reaktionen auf die Veröffentlichung ließen nicht lange auf sich warten: Genussvoll wurde gerant und mit Punkten jongliert, nach Schuldigen gesucht und natürlich wurden auch welche gefunden. Die verantwortlichen Politiker zeigten sich alarmiert, Landeshauptmann Wallner urgierte eine genaue Ursachenforschung und verlangt Maßnahmen der Schulaufsicht.

Als Personalvertreter stellen sich mir dazu einige Fragen: Was bedeutet das für LehrerInnen, wenn die Organe der Schulaufsicht tätig werden? Welche Schulen erhalten zuerst Besuch – die mit den besten oder jene mit den schlechtesten Ergebnissen? Mantraartig wurde über Jahre hinweg wiederholt, dass die Bildungsstandards nicht dazu hergenommen werden, um die Leistung von LehrerInnen zu bewerten. Bleibt es nach diesem enttäuschenden Ergebnis dabei? Unser Landeshauptmann verlangt, dass auch Eltern mithelfen müssen, um das Niveau der SchülerInnen zu verbessern. Wie soll das vonstatten gehen, welche Maßnahmen sollen dafür getroffen werden?

Es ist wohl allen Beteiligten klar, dass man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Eine Analyse der Ergebnisse macht Sinn, es kommt allerdings sehr auf die Art und Weise darauf an. Jede Schule muss gesondert betrachtet werden, einfache Vergleiche haben keine Aussagekraft und sind meistens inhaltlich falsch. Es gibt Schulen, die massive Standortnachteile haben (hoher Migrantenanteil, viele Kinder aus sozial schwachen Familien, ...) und darum auch schlecht abgeschnitten haben. Die Volksschulinitiative im letzten Schuljahr hat aufgezeigt, dass akuter Handlungsbedarf besteht, nicht umsonst hat die Politik auch umgehend reagiert. Seit einigen Jahren haben wir in Vorarlberg mit einer massiven Personalknappheit zu kämpfen und

es ist augenfällig, diesen Mangelzustand in Verbindung mit den dürftigen Ergebnissen zu bringen. Wenn die Analyse zur Folge hat, Unterstützung in Form von zusätzlichem Personal zu gewähren, dann ist ein besseres Abschneiden in Zukunft eine logische Folge.

Es darf allerdings auf keinen Fall passieren, dass Schuldige gesucht werden und LehrerInnen den Schwarzen Peter zugeschoben erhalten. Und genau das ist die Befürchtung von vielen KollegInnen, das zeigt sich in Gesprächen immer wieder. Wir PersonalvertreterInnen werden sorgfältig darauf achten, in welcher Form die Ergebnisse der Bildungsstandards einer Analyse unterzogen und welche Konsequenzen daraus abgeleitet werden.

TROTTEL AN VORARLBERGER SCHULEN?

Wie bereits erwähnt, ließen die Ergebnisse der Bildungsstandards keinen Medienvertreter untätig. Mehr oder weniger sachkundig fielen die zahlreichen Analysen und Kommentare aus. Aus der breiten Masse der Berichterstattung ragte diesmal Andreas Feiertag, Leitartikler der Vorarlberger Regionalzeitungen, heraus. Einige Originalzitate dazu:

„Väter und Mütter wollen selbstverständlich auch wissen, welches Bildungsinstitut die meisten Trottel produziert.“ Und weiters: „Es wäre durchaus interessant zu erfahren, an welchen Bildungsinstituten die meisten Trottel unterrichten.“

Eine derart abfällige und völlig respektlose Schreibweise dürfen wir LehrerInnen nicht akzeptieren! Einige Personalvertreter, darunter auch ich, haben sofort vehement gegen diese Art der Berichterstattung protestiert (siehe Leserbrief auf unserer Homepage www.freielehrer.at). In meiner Funktion als Vorsitzender der Personalvertretung habe ich Landeshauptmann Wallner und Landesrätin Mennel um Unterstützung gebeten. Beide haben sich deutlich von der Wortwahl des Redakteurs distanziert und zugesichert, ihm dies in persönlichen Gesprächen auch mitzuteilen.

Sie fragen, wir antworten.

III-VERTRAG



Seit mehr als 10 Jahren bin ich als Instrumentallehrerin im Vorarlberger Schuldienst beschäftigt. Ich habe eine durchschnittliche Stundenverpflichtung von 8 Stunden und einen III-Vertrag. Jetzt hat mich ein Kollege darauf aufmerksam gemacht, dass ich eigentlich nach 5 Jahren einen unbefristeten Vertrag erhalten müsste.



Nein, unter diesen Voraussetzungen nicht: Deine Stundenverpflichtung liegt mit 8 Stunden unter der Hälfte und damit fällt eine Voraussetzung für einen unbefristeten Vertrag weg. Erst wenn du dauerhaft über 10 Stunden beschäftigt bist, kann ein solches Dienstverhältnis eingegangen werden.

NEUES DIENSTRECHT



Ich stehe kurz vor dem Abschluss der Pädagogischen Hochschule. Jetzt hat mich der Direktor einer Schule angerufen, ob ich nicht einige Stunden übernehmen könnte. Kann ich dann bereits in das neue Dienstrecht einsteigen?



Nein. Die Wahlmöglichkeit ist erst ab dem Schuljahr 2014/15 gegeben. Wenn du jetzt diese Stunden übernimmst, gilt für dich automatisch das alte Dienstrecht – und das bleibt dann auch so! Alle LehrerInnen, die auch nur eine kurze Zeit im bestehenden System gearbeitet haben, können nicht mehr ins neue Dienstrecht wechseln.

BEWERBUNG UM LEITERPOSTEN



Ich bin Hauptschullehrerin und habe gehört, dass ich mich ab dem Schuljahr 2014/15 auch für einen Leiterposten an einer VS bewerben kann? Stimmt das?

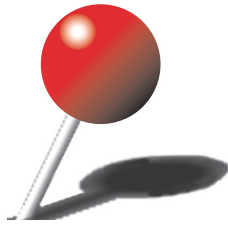


Nein. Es hat allerdings tatsächlich eine Änderung gegeben. Im LDG § 27/2 heißt es dazu: „Die Leiterin oder der Leiter einer Schule kann aus besonderen Gründen, die mit der Erhaltung von Schulstandorten oder einer höheren Schulorganisation im Zusammenhang stehen, zusätzlich mit der Leitung einer oder mehrerer allgemein bildender Pflichtschulen betraut werden.“

Ein Beispiel dazu: Eine Leiterin einer Mittelschule übernimmt zusätzlich die Leitung einer Volksschule.

Was in diesem Zusammenhang auch noch geändert wurde: In Zukunft können LehrerInnen, die die Ernennungserfordernisse für ein Lehramt an Neuen Mittelschulen oder an Hauptschulen erfüllen, sich auch um die Leitung von Polytechnischen Schulen bewerben.

Diese Änderungen treten mit Beginn des Schuljahres 2014/15 in Kraft.






PFLEGEkarenz NEU ab 2014

Analog zur Privatwirtschaft werden im öffentlichen Dienst ab 2014 zwei Neuerungen eingeführt:

- Pflegezeit
- Pflegekarenz

Die Pflegekarenz unter Entfall der Bezüge ist zu gewähren für die Pflege:

-  eines im gemeinsamen Haushalt lebenden behinderten Kindes, für das erhöhte Familienbeihilfe gewährt wird, längstens bis zur Vollendung des 40. Lebensjahres des Kindes;
-  einer oder eines nahen Angehörigen mit Anspruch auf Pflegegeld zumindest der Stufe 3 nach § 5 des Bundespflegegeldgesetzes;
-  einer oder eines demenziell erkrankten oder minderjährigen nahen Angehörigen mit Anspruch auf Pflegegeld ab der Stufe 1, längstens jedoch für die Dauer von drei Monaten, welcher bei Erhöhung der Pflegestufe einmalig im Ausmaß von maximal drei Monaten verlängert werden kann.

Die Pflegekarenz ist zur Hälfte für die Vorrückung und zur Gänze für die ruhegenussfähige Gesamtdienstzeit anrechenbar.






Während des Karenzurlaubes wird ein einkommensbezogenes Pflegekarenzgeld in Höhe des Arbeitslosengeldes ausbezahlt.



PFLEGEteilzeit

NEU ab 2014

Wie in der Privatwirtschaft wird nun auch im öffentlichen Dienst die Pflegezeit eingeführt:

-  1 Monat bis maximal 3 Monate **kann die Wochendienstzeit bis zu 25 % herabgesetzt werden**, wenn keine wichtigen dienstlichen Interessen entgegenstehen.
-  Weitere 3 Monate sind nur bei einer Änderung der Pflegestufe möglich.
-  Voraussetzungen:
 - Zur Pflege einer oder eines nahen Angehörigen mit Anspruch auf Pflegegeld zumindest der Stufe 3 nach dem Bundespflegegesetz oder Landespflegegesetz
 - Zur Pflege eines oder einer demenziell erkrankten oder minderjährigen nahen Angehörigen mit Anspruch auf Pflegegeld ab der Stufe 1 nach dem Bundespflegegesetz, längstens jedoch für die Dauer von sechs Monaten
-  Auf Antrag kann die **vorzeitige Rückkehr** zur ursprünglichen regelmäßigen Wochendienstzeit bei
 - Aufnahme in stationäre Pflege
 - Übernahme der Pflege durch eine andere Person
 - Tod
 verfügt werden.
-  Bei Pflegezeit wird die Geldleistung anteilig vom reduzierten Einkommen errechnet. Die Normierung dazu findet sich im Bundespflegegesetz (auch für Beamtinnen und Beamte).



Die Besten im Westen ...

Selbstbild mit Schrammen

Claudia Niedermair (claudia.niedermair@phf.at)

Nicht ganz unerwartet und trotzdem überraschend: So sehe ich das Ergebnis der Bildungsstandardüberprüfung (BIST) 2013 in Mathematik. Vorarlbergs VolksschülerInnen der 4. Klassen landeten in Mathematik mit 514 Punkten im Durchschnitt auf dem letzten Platz im Bundesländer-ranking. Das Rennen gewonnen haben Ober- und Niederösterreich mit 545 bzw. 544 Punkten. Brisanter als Mittelwerte ist die Streuung: Nur 8 % der Vorarlberger SchülerInnen übertreffen die erwarteten Standards, in OÖ und NÖ sind es 14 %. Ein ähnliches Ergebnis am unteren Ende der Skala: 14 % der Kinder sind nicht in der Lage, einfachste Routineaufgaben zu lösen (österr. Schnitt 11 %), und 15 % erfüllen die erwarteten Standards nur teilweise (Schnitt 12 %).

So weit zu den Zahlen und zum Ranking. Angedeutet hat sich dieses Ergebnis bereits, als noch Landesrat Stermer im Rahmen der PISA-Studie 2009 eine Vollerhebung in Auftrag gab, in der Hoffnung, dass sich der Wunsch nach den „Besten im Westen“ empirisch belegen lasse. Das Gegenteil war der Fall, Vorarlbergs 15-Jährige lagen in allen getesteten Bereichen unter dem Durchschnitt Österreichs.

Die Ergebnisse haben aus meiner Sicht auch eine positive Seite: Aufwachen – Ernüchterung – Analyse – Selbstreflexion – Steuerung, diese Begriffe markieren wichtige Stationen in Entwicklungsprozessen, wengleich das Aufwachen durch regelmäßige Analysen und Selbstkritik etwas sanfter sein hätte können. Bevor ich nun einige aus meiner Erfahrung relevante Faktoren für das Abschneiden der VS-Kinder in Mathematik erörtere, möchte ich die Diskussion um die sogenannten „Bildungsstandards“ in einen größeren Kontext stellen und auch relativieren.

KÖNNEN UND WOLLEN STATT WISSEN

Bildungsstandards sind EINE Antwort auf das schlechte Abschneiden der österreichischen und deutschen und auch der Schweizer SchülerInnen bei den ersten PISA-Testungen vor rund 10 Jahren. Sie sind Ausdruck eines Paradigmenwechsels in der Bewertung von Schulqualität: Es reicht nicht, dass man ein Buch „durchgearbeitet“ hat, dass man den „Stoff durchgebracht“ hat, in Schularbeiten und Tests kurzfristig das Ergebnis abgeprüft hat und zum nächsten Thema übergegangen ist – das weit verbreitete Bulimie-Lernen, als das es Gerald Hüther bezeichnet. Es interessiert, was Kinder und Jugendliche tatsächlich können. Nachhaltigkeit und Ergebnisorientierung sind Maßstab von Schulqualität. Bildungsstandards sind konkret formulierte

Lernergebnisse, die sich aus den Lehrplänen ableiten lassen und mittels Tests überprüft werden. Sie legen jene Kompetenzen fest, die Schüler/innen bis zum Ende der 4. Schulstufe in Deutsch und Mathematik sowie bis zum Ende der 8. Schulstufe in Deutsch, Mathematik und Englisch nachhaltig erworben haben sollen. Kompetenzen verstehen sich als Fähigkeiten, Fertigkeiten und Haltungen, umgangssprachlich als Wissen, Können und Wollen, die für die weitere schulische und berufliche Bildung von zentraler Bedeutung sind. Die extrem stark rezeptive Wissensorientierung der österreichischen Schule wird durch KÖNNEN abgelöst, die SchülerInnen sollen ihr Wissen in Alltagssituationen anwenden können. WOLLEN steht für die Freude am Können, die Lust, das Gelernte auch anwenden zu wollen.

BILDUNGSSTANDARDS SIND FACHLEISTUNGSSTANDARDS

Die Forderung nach klar definierten und verbindlichen Leistungserwartungen macht zweifelsohne Sinn, bietet Transparenz und Orientierung und kann Chancengerechtigkeit erhöhen. Allzu lange hat sich das schulische System einer exakten Definition von Lernergebnissen und deren Überprüfung entzogen, mit dem Ergebnis von völlig auseinanderklaffenden Lernergebnissen zwischen Schulen und Klassen bei gleichen Noten. Ein Ergebnis, das jetzt auch durch die BIST-Überprüfung bestätigt wird. Gleichzeitig mutet dieses System Kindern und Jugendlichen permanent und unkritisch Leistungsrückmeldung

**Auseinanderklaffende
Lernergebnisse zwischen
Schulen und Klassen bei
gleichen Noten**

mittels Noten zu. Dass diese fachbezogenen Kompetenzüberprüfungen jedoch als „Bildungsstandards“ bezeichnet und auch als solche in der Öffentlichkeit kritiklos rezipiert werden, verwundert. Ich halte diese Bezeichnung für verwegen, wird doch der Bildungsbegriff auf vermeintlich zukünftige, ökonomisch verwertbare Produkte unzulässig reduziert. Bildung ist eben weit mehr als Mathematik, Lese- und Englisch-Kompetenz und wird im Lehrplan der Volksschule prominent eingefordert: Lernfreude erhalten, Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten entwickeln, den Umgang miteinander lernen, Arbeitshaltungen aufbauen und anderes mehr werden als zentrale Aufgaben im Bildungsauftrag verankert und, paradox genug, mit keinerlei Zeitgefäßen versehen. Lehrpersonen haben diese Aufgaben zu bewältigen – NEBEN dem fachlichen Lernen, integriert, en passant ... wie auch immer.

ANDERE KULTUR DES LERNENS

Mit den vorherigen Ausführungen zu den Bildungsstandards möchte ich die Vorarlberger Ergebnisse nicht schönreden. Ich vermute, dass bei einer Evaluation personaler und sozialer Kompetenzen Vorarlberg nicht besser abschneiden würde als Restösterreich.

Meine Hypothese: In Vorarlberg ist der 7G-Unterricht (ein Ausdruck von Andreas Helmke, einem der renommiertesten deutschen Bildungsforscher) noch immer das mit großem Abstand weitest verbreitete Unterrichtskonzept: Entgegen den eigenen Erfahrungen und breit abgesicherten empirischen Werten über die unterschiedlichen Lernvoraussetzungen aller Kinder in Verbindung mit dem sozio-ökonomischen Hintergrund der Eltern wird an einem verzopften Konzept festgehalten: Alle gleichaltrigen SchülerInnen haben zum gleichen Zeitpunkt beim gleichen Lehrer im gleichen Raum mit den gleichen Mitteln das gleiche Ziel gut zu erreichen – die Quadratur des Kreises ... keine Überraschung, dass die Erfüllung dieser unmöglichen Aufgabe zu Belastungsempfinden führt.

„Differenzierung und Individualisierung ist in Vorarlberg wenig verbreitet.“

Eine Kultur von Differenzierung und Individualisierung ist in Vorarlberg wenig verbreitet. Die Orientierung am fiktiven Durchschnittskind – auf relativ hohem Niveau,

kann gar nicht anders als dazu führen, dass ein Teil der Kinder sich relativ schnell als Verlierer fühlen. Das sind die ca. 30 % der Kinder, die bei der Testung das erwartete Kompetenzniveau nicht oder nur teilweise erreichen, die angeben, wenig Freude an Ma-

thematik zu haben und sich auch insgesamt nicht so wohl in der Schule fühlen, ein Teufelskreis, denn Erfolg bzw. die Aussicht auf Erfolg ist der Schlüssel zur Leistungsmotivation. 7G-Unterricht führt aber auch dazu, dass sich leistungsstarke Kinder in der Schule nicht selten langweilen und ihre Potenziale nicht entfalten können, was sich auch in den BIST-Ergebnissen spiegelt.

STANDARDS OHNE WEITERE MASSNAHMEN ERHÖHEN DEN DRUCK

Die starke Orientierung an homogenen Gruppen zeigt sich in Vorarlberg an anderen Indikatoren: Die Quote von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist die zweithöchste in Österreich nach Wien; Oberösterreich integriert 2/3 der Kinder mit SPF in Regelschulen und schafft es dennoch an die Spitze, in Vorarlberg besuchen noch immer mehr als 60 % Sonderschulen. Die Vorschulen erfreuen sich ungebrochen großer Beliebtheit.

Das Modell der Grundstufe I (d.h. vermutete Vorschulkinder, 1.- und 2.-Klässler werden in einer altersgemischten Gruppe unterrichtet), findet sich in der Schullandschaft kaum. Dieses Modell böte Kindern, die mit so ungleichen Lernvoraussetzungen einschulen, zumindest in den ersten Schuljahren einen Schutzraum, im eigenen Tempo und damit erfolversprechend zu lernen.

„Das Modell der Grundstufe I böte Kindern in den ersten Schuljahren einen Schutzraum.“

So sehr ich fachleistungsbezogene Standards als Orientierung auch befürworte, so sehr muss man sich im Klaren darüber sein, dass eine Verknüpfung dieser Anforderungen mit einer Altersnorm den Druck auf leistungsschwächere Kinder wie auch auf Lehrpersonen erhöhen wird. Kinder brauchen Zeit zum Lernen, unterschiedlich viel Zeit – die wir in der Vormittagschule nicht haben. Auch Förderung und Unterstützung – aber den Aufbau kognitiver Strukturen kann man eben nicht endlos beschleunigen. Die Beschämungen, den Anforderungen nicht entsprechen zu können als strukturelles Merkmal schulischen Arbeitens mit all seinen Folgewirkungen, werden so lange bestehen, solange wir Kinder nicht über individuelle Lernzuwächse beurteilen.

Auch wenn zusehends mehr Schulen alternative Formen der Leistungsbewertung in der Grundstufe I einführen, wird ab der 3. Klasse ein enormer Druck um den Platz im Gymnasium aufgebaut: Lehrpersonen

fühlen sich unter Druck und machen Druck, Eltern fühlen sich unter Druck und machen Druck, und das alles wirkt auf Kinder. Standards wirken ähnlich, auch wenn die Ergebnisse explizit nicht in die Bewertung einfließen dürfen, sondern als Rückmeldung für das schulische System gedacht sind. Druck führt nicht zur Steigerung der Leistung. Standards sind sinnvoll zur Orientierung und wenn sie in unterschiedlichem Tempo mit hinreichend Unterstützung von Lehrpersonen erreicht werden können.

RECHNEN STATT MATHEMATIK

Eine weitere Hypothese: In Vorarlbergs Schulen wird in der Breite mehr gerechnet und wenig Wert auf mathematische Erfahrungen, auf Verstehen und mathematisches Denken gelegt. Es werden Rechenfertigkeiten trainiert, Kopfrechnen auf einem Niveau und in einem Tempo, das viele Erwachsene zum Schwitzen bringen würde. Im Rechnen und im Zahlenverständnis schneiden Vorarlbergs Kinder auch gut ab. Aufgabenformate, die Kinder zum Nachdenken über mögliche Lösungswege oder mathematische Zusammenhänge anregen, die Kinder Mathematik forschend und staunend erleben lassen, finden sich selten. Viele Bücher, obwohl approbiert, sind im Kern Rechenbücher geblieben. Es überrascht, dass trotzdem etwa 70 % der Kinder angeben, Freude an Mathematik zu haben und ihre eigenen Kompetenzen als eher hoch einschätzen.

Dieses Ergebnis deckt sich nicht mit meinen Erfahrungen als Lehrerbildnerin: Nur wenige VS-Lehramtsstudierende sagen von sich, Freude an Mathematik zu haben und trotz guter Noten Bedeutung und Sinn des

Gelernten verstanden zu haben. Mathematik als Vertiefung im Rahmen von Bachelor-Arbeiten wird selten gewählt. Ohne auf empirische Daten zurückgreifen zu können, wage ich zu behaupten, dass die Freude an Mathematik durch sehr viel unsachgemäße Didaktik und wenig lernfreundlichen Umgang mit SchülerInnen sukzessive verloren geht, dass Mathematik vielfach mit Angst und Stress verknüpft wird. Die Leidenschaft der Lehrperson für das zu unterrichtende Fach ist nachgewiesener Maßen (siehe Hattie-Studie) ein entscheidender Faktor für Unterrichtsqualität. Hier schließt sich ein Kreis ... und bessere Mathematik-Ergebnisse der Vorarlberger Kinder sind nicht mit einfachen schulbehördlichen Maßnahmen zu erwirken.

Es wäre interessant, herauszufinden, mit welchen Unterrichtskonzepten und Lehrmitteln jene Schulen arbeiten, die hervorragende Ergebnisse erzielt haben. Dass diese Daten von der Landesschulinspektorin zum Schutz der Kinder und der Schulen unter Verschluss gehalten werden, halte ich zum jetzigen Zeitpunkt für ausgesprochen verantwortungsvoll. Trotz sensationshungriger „VN“-Headlines, die dem gnadenlosen Ranking und der Konkurrenz das Wort reden. Schulen brauchen nun Zeit zur Analyse, zur Selbstreflexion und zur Steuerung.

„Schulen brauchen nun Zeit zur Analyse, zur Selbstreflexion und zur Steuerung“

Dieser Artikel ist in der KULTUR – Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft vom März 2014 erschienen.

Unsere PersonalvertreterInnen helfen Ihnen gerne in allen dienstlichen Angelegenheiten weiter. Die Namen finden Sie im aktuellen SLV-Kalender.



Passieren darf nichts ...

Armin Roßbacher (armin.rossbacher@gmx.at)

Im September 2013 schaute es noch so aus, als wären wir schon über dem Berg: alle Klassen und Stellen besetzt (siehe auch mein Beitrag in den Schulnotizen Nr. 3/2013). Bereits nach einigen Wochen wurde klar: zu früh gefreut – auch dieses Schuljahr unterscheidet sich nicht wesentlich von den vorangegangenen. Die fehlende Personalreserve macht uns einmal mehr schwer zu schaffen.

Am Beginn des neuen Jahres häuften sich die Telefonate, Kontakte mit LeiterInnen erbrachten immer wieder das gleiche Ergebnis: Wir sind am Anschlag! Der Zentralausschuss entschied, eine Umfrage bei den DirektorInnen zu machen. Innerhalb einer Woche gingen über 130 Rückmeldungen bei uns ein, die Auswertung der zum Teil sehr ausführlichen Mails erbrachte die befürchteten Ergebnisse.

DRAMATISCHE SITUATION AN DEN VOLKSSCHULEN

„Ich habe einige Lehrerinnen, die nervlich und gesundheitlich an ihrer Grenze sind, da darf keine Zusatzbelastung hinzukommen. So bleibt bei Notfällen immer die Hauptbelastung bei einigen wenigen, und das sind jene, die sowieso schon mit Überstunden eingedeckt sind.“

„Die Personalknappheit hat zur Folge, dass Lehrpersonen sehr oft krank trotzdem zum Unterrichten kommen.“

„Wir würden dringend Lehrer brauchen, die uns zusätzlich helfen, da manche Klassen einfach mit zwei Lehrern geführt werden müssen.“

„Einige Lehrpersonen „hanteln“ sich von Ferien zu Ferien und sind kaum belastbar. Längere Krankenstände werden sicherlich noch kommen, 2 KollegInnen sind extrem gefährdet.“

„Meiner Meinung nach muss man da dringend etwas tun, da wir uns Burnout-Fälle momentan gar nicht leisten können.“

„Das darf eigentlich nicht sein, dass wir uns gesundheitlich abplagen müssen, statt genesen zu können.“

Das sind einige Originalzitate von VS-DirektorInnen, und sie zeigen eines ganz deutlich: Es besteht dringender Handlungsbedarf.

„Passieren darf nichts!“, kommentierte ein Mittelschuldirektor lapidar die Situation in den anderen Schularten. Die kann als angespannt, aber einigermaßen überschaubar bezeichnet werden. Es kommt hier natürlich dazu, dass z. B. an den Mittel-/Hauptschulen viel leichter supplied werden kann als an den Volksschulen. Unisono fordern auch die LeiterInnen dieser Schulen die Schaffung einer Personalreserve in den Bezirken.

Sämtliche Rückmeldungen wurden in anonymisierter

Form an Landesrätin Bernadette Mennel und an den Leiter der Schulabteilung, Dr. Andreas Meusburger, übergeben. Wir PersonalvertreterInnen wiesen zusätzlich in einem Gespräch auf den Ernst der Lage hin und ersuchten um umgehende Reaktion des Arbeitgebers.

MEHRERE URSACHEN FÜR LEHRERINNENMANGEL

Fast 150 KollegInnen wurden vor Beginn des Schuljahres angelobt. Krankheitsbedingte Ausfälle sowie ein deutlicher Anstieg von Schwangerschaften führten dazu, dass beinahe nochmals so viele Anstellungen während der letzten Monate dazukamen. Eine derart hohe Fluktuation habe es noch nie gegeben, teilte mir der verantwortliche Sachbearbeiter mit. Was tun?

LehrerInnen kann niemand aus dem Hut zaubern, das ist eine Binsenweisheit. Allerdings ist es nicht so, dass man gar nichts tun kann: In Deutschland werden längst nicht alle BewerberInnen angestellt (z.B. in Bayern), in einigen österreichischen Bundesländern ebenso. So erzählte mir eine Kollegin, die aus Oberösterreich nach Vorarlberg übersiedelte, dass sie trotz ihrer Zusatzqualifikationen nur auf ca. Platz 250 der Warteliste landete – insgesamt umfasse diese mehr als 500 ausgebildete LehrerInnen. Na dann – gehen wir's an!

DIREKTORINNEN EXTREM GEFORDERT

Viele Rückmeldungen zeigen ein zusätzliches Problem der Personalknappheit auf: LeiterInnen müssen oft einspringen, teilweise wochenlang supplieren und spüren die Überforderung auch am eigenen Leib:

„Die größte Belastung liegt bei mir und ich muss gestehen, dass ich wirklich schon fast ‚am Zahnfleisch‘ daherkomme!“

„Und wenn ich ehrlich bin, komme ich auch langsam an meine Grenzen.“

„Das System um jeden Preis zu erhalten – da müsste man das System einmal gründlich überdenken!“

Stimmt – das sollten wir eigentlich tun.



Wo bleibt die Pädagogische Universität Vorarlberg?

LABg. Katharina Wiesflecker, Bildungs- und Sozialsprecherin der Grünen
(katharina.wiesflecker@gruene.at)

Groß angekündigt wurde sie, die Pädagogische Universität im Jahr 2011. Ich verhielt mich zögerlich, nicht weil ich gegen eine Universität bin, ganz im Gegenteil, nein, weil ich mich fragte, wie wir die Qualität einer universitären Ausbildung in unserem Einzugsgebiet sicherstellen, weil ich nichts von Ankündigungspolitik halte und weil wir inzwischen viel Erfahrung mit Schilderwechseln haben. Dafür erhielt ich Buhrufe.

Jetzt stellt sich heraus, dass uns im Zuge der Pädagog/innenbildung NEU mit großer Wahrscheinlichkeit „nur“ die Ausbildung der Primarstufenlehrer/innen bleibt, daran ist Innsbruck nicht interessiert. Eventuell soll die Elementarpädagogik an der PH Vorarlberg etabliert werden, das geht aus einer aktuellen Anfragebeantwortung hervor. Die Betonung liegt auf eventuell.

Der Vorschlag, eine Professur für Frühpädagogik an der PH Vorarlberg einzurichten, entstammt übrigens aus meiner Feder, nachdem ich Frau Prof. Wustmann in Dornbirn hörte. Ich bin nach wie vor davon überzeugt, dass wir in diesem Bereich in die Aus- und Weiterbildung kräftig investieren müssen. Der Landtag ließ sich auch überzeugen, der Grüne Antrag wurde einstimmig angenommen. Die „Brückenprofessur“ soll im Herbst 2014 beginnen.

WAS PASSIERT MIT DER AUSBILDUNG DER SEKUNDARSTUFENLEHRER/INNEN?

Gut und recht, dass Elementar- und Primarpädagog/innen in Feldkirch ausgebildet werden, aber was passiert mit den Sekundarstufenlehrer/innen? Nichts Genaues weiß man nicht, kann man die Anfragebeantwortung der Landesrätin zusammenfassen. (<http://www.vorarlberg.at/landtag/landtag/parlamentarischematerialien/recherche.htm>)

Sie schreibt, dass sie als Vorsitzende des Hochschulrats in engem Kontakt mit dem Qualitätssicherungsrat zur Umsetzung der Pädagog/innenbildung NEU sei und auch als amtsführende Präsidentin des Landesschulrates engen Kontakt mit dem Ministerium halte. Man fragt sich, ob sie vor lauter engem Kontakt eventuell vergisst, dass es jetzt an der Zeit wäre, die Ellbogen breit zu machen und einen Platz für die PH Feldkirch zu erstreiten.

Selbstverständlich muss an erster Stelle die Qualität der Ausbildung stehen und selbstverständlich ist es

nicht ganz trivial, eine verzahnte Ausbildung – Fachwissenschaft/en, Fachdidaktik, Pädagogik, Praxis und eigener Erkenntnisprozess – in Vorarlberg anzubieten. Die Pädagogische Hochschule Vorarlberg muss sich nicht verstecken. Jetzt geht es darum zu kämpfen, den Ausbildungsstandort in Kooperation mit der Universität Innsbruck zu halten. Professoren und Professorinnen können auch zu den Student/innen kommen.

AUSWIRKUNGEN AUF DEN LEHRER/INNENMANGEL

Besonders wichtig in diesem Zusammenhang ist die Einschätzung, welche Auswirkungen eine Verlagerung der Ausbildung nach Innsbruck in Bezug auf den Lehrer/innenmangel hätte. Und hier sind die Antworten der Landesrätin leider besonders dürrftig ausgefallen. Man könne diese Frage zum derzeitigen Zeitpunkt nicht seriös beantworten, alles sei noch in Verhandlung, man würde Fragen zur Beantwortung an das Ministerium weiterleiten. Alle Antworten zu diesem wichtigen Bereich bleiben substanzlos und unverbindlich. Gut vorbereitet, die groß angekündigte Pädagogische Universität in Vorarlberg, kann man dazu nur sagen!

DIE LANDESRÄTIN MUSS SICH INS ZEUG LEGEN

Meiner Einschätzung nach ist das Zeitfenster nicht mehr lange offen, überhaupt noch gestaltend einzugreifen. Die neue Ausbildung soll ja mit dem Studienjahr 2015/16 beginnen. Ich erwarte mir von der Landesrätin, dass sie sich für die Pädagogische Hochschule in Feldkirch ins Zeug legt. Im Gegensatz zu ihr habe ich große Bedenken, dass uns das Wegbrechen der Ausbildung in eine schwierige Situation hier in Vorarlberg bringt, was den Lehrer/innennachwuchs für die Sekundarstufe betrifft. Und das ist wohl eine der Hauptaufgaben einer Bildungslandesrätin, darauf zu achten, dass wir im Bildungsbereich engagierte und bestens ausgebildete PädagogInnen haben.

Die Freien LehrerInnen laden ein:

JONGLIERKURS FÜR PFLICHTSCHULLEHRERINNEN

KURSLEITUNG: ELISABETH MÄRK

KEINE KURSKOSTEN - ANMELDEFRIST: 26. MÄRZ 2014

unterkofler.gerhard@aon.at; Tel. 0664/ 73 71 97 92

Mittwoch, 2. April 2014

16.00 bis 17.15 Uhr

VMS Hohenems-Herrenried
(Turnhalle)

Freie LehrerInnen
FSG - Unabhängige - SLV - VLI

Die Vorarlberger Pflichtschullehrergewerkschaft veranstaltet:

HOL DIR DEIN GELD ZURÜCK

Auch in diesem Jahr wird den Vorarlberger PflichtschullehrerInnen bei der ArbeitnehmerInnenveranlagung (früher Lohnsteuerausgleich) geholfen.

Alle interessierten GÖD-Mitglieder haben die Möglichkeit, online den Steuerausgleich zu machen oder sich über diese Thematik zu informieren. Speziell ausgebildete Fachleute des Vorarlberger ÖGB helfen dabei. Nichtmitglieder, die vorher noch der Gewerkschaft beitreten, werden ebenfalls bei der Durchführung der ArbeitnehmerInnenveranlagung unterstützt.

1. Termin

14. Mai 2014 (12.30 – 17 Uhr)

Ort: Mittelschule Nenzing

Anmeldeschluss: 7. Mai 2014

2. Termin

4. Juni 2014 (12.30 – 17 Uhr)

Ort: Mittelschule Hohenems-Herrenried

Anmeldeschluss: 28. Mai 2014

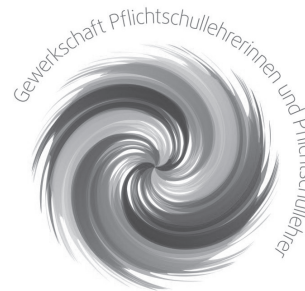
3. Termin

11. Juni 2014 (12.30 – 17 Uhr)

Ort: Büro der Personalvertretung,

Römerstraße 14, Bregenz

Anmeldeschluss: 4. Juni 2014



APS – Vorarlberger
Pflichtschullehrergewerkschaft

Um die Arbeitnehmerveranlagung durchführen zu können, braucht es einen **Online-Code**.

Wer diesen noch nicht hat, kann ihn beim Finanzamt abholen (Ausweis mitnehmen).

Anmeldungen und Infos: unterkofler.gerhard@aon.at; Tel. 0664 73 71 97 92

Bitte mit Angabe, für welche Jahre die Veranlagung gemacht werden soll (2013, 2012, 2011, 2010, 2009)



Parturient montes, nascetur ridiculus mus.

Gerhard Unterkofler (unterkofler.gerhard@aon.at)

„Es kreite der Berg und er gebar eine lächerliche Maus.“ Dieser Ausspruch könnte einem einfallen, wenn man über das Dienstrecht NEU zu schreiben hat. Denn beim zukünftigen Dienstrecht handelt es sich um keine pädagogische Neuorientierung, sondern vor allem um dienst- und besoldungsrechtliche Veränderungen, die durch die PädagogInnenbildung NEU notwendig geworden sind.

Zufrieden kann man mit dem beschlossenen Gesetz nicht sein. Die Pflichtschullehrergewerkschaft wird in Zukunft weiterhin versuchen durch verschiedene Aktionen und Verhandlungen Änderungen im Dienstrecht NEU erreichen.

So benötigen wir beispielsweise zusätzliches Supportpersonal, masterwertiges Gehalt, Zulagen für die VolksschullehrerInnen. Doch was das Supportpersonal betrifft, ohne ich Schlimmes, wahrscheinlich werden wir den Schulalltag weiterhin ohne diese Hilfe meistern müssen. Nicht nur wegen dem Hypo-Desaster, sondern weil wir als LandeslehrerInnen in den bevorstehenden Finanzausgleichsverhandlungen zwischen Bund und Ländern wieder nur einer von vielen Spielbällen sein werden.

Zwei Aktionen, initiiert von der Lehrergewerkschaft: Vor Weihnachten wurde zu einer Unterschriftenaktion aufgerufen, an der 31.800 LehrerInnen österreichweit teilgenommen haben. Vorarlberg steuerte über 1600 Unterschriften bei. Und momentan läuft eine parlamentarische Bildungsinitiative für ein modernes, attraktives und leistungsorientiertes LehrerInnen dienstrecht. Zu finden ist dies unter www.anliegen.at.

Als Pflichtschullehrergewerkschafter habe ich in Vorarlberg immer wieder über das neue Dienstrecht informiert (Blog, Homepage, Aussendungen an die Schulen). Zur weiteren Information gibt's jetzt das Dienstrecht (Stand Februar 2014) in vereinfachter und verständlicher Form zum Nachlesen auf meinem Blog. Über 3000 Zugriffe im Monat Februar zeigen, dass der Informationsbedarf in dieser Sache weiterhin gegeben ist.

QUAL DER WAHL FÜR PH ABGÄNGER?

Obwohl geplant war, dass sich die heurigen PH-Abgänger bereits im Herbst für das alte oder neue Dienstrecht entscheiden hätten können, musste dies um ein Jahr verschoben werden. Grund: Die Bundesländer sind noch nicht in der Lage, das System so schnell umzustellen. Wer also im neuen Dienstrecht eingestellt werden

möchte, muss im kommenden Schuljahr noch mit dem Altrecht vorliebnehmen, kann aber ein Jahr später auf das Neurecht umsteigen.

Von Vorteil ist, dass diese JunglehrerInnen sich zwar für das Neurecht entscheiden können, den Master aber nicht nachholen müssen. Das höhere Anfangsgehalt wird wohl für viele eine wichtige Entscheidungshilfe sein. Erst im Alter zwischen 45 und 50 verdienen Lehrpersonen im Neurecht weniger als im Altrecht und die Lebensverdienstsumme ist positiv. Ein Vergleich der Gehälter findet ihr auf der folgenden Internetseite: gerhardunterkofler.blogspot.co.at

INDEXBASIERTE MITTELZUWEISUNG

Idealzustand wäre, wenn Kinder aus der sozialen Unterschicht, aber auch Migrantenkinder, gleichmäßig auf alle Schulen und Klassen aufgeteilt wären. Aufgrund der falschen Siedlungspolitik haben sich aber Sprengel entwickelt, in denen sich vermehrt Kinder von bildungsfernen Familien wiederfinden. Schulen in diesen Sprengeln sind ganz besonders benachteiligt, und LehrerInnen werden dort sehr stark gefordert. Da stellt sich die Frage, inwieweit diesen Schulen geholfen werden kann. Die FSG-Pflichtschullehrergewerkschaft fordert eine indexbasierte Mittelzuweisung, das heißt in einfachen Worten: Brennpunktschulen müssen zusätzliche Ressourcen erhalten, die dann autonom verwaltet werden können.

**Brennpunktschulen
müssen zusätzliche
Ressourcen erhalten.**

Internationale Studien zeigen, dass mit dieser indexbasierten Mittelzuweisung die Arbeitsbedingungen der LehrerInnen verbessert werden. Da die Chancen unserer Kinder auf die beste Bildung von der Herkunft und Ausbildung der Eltern abhängen, würden zusätzliche Mittel Bildungsgerechtigkeit schaffen. Dieses Plus an Ressourcen für belastete Standorte reduziert – laut Studien – vor allem die Zahl der Risikoschüler.



Traum und Wirklichkeit!

Willi Schneider (wilhelm.schneider@schule.at)

- Der Ausbau der Vorschulerziehung (Kindergarten vom 3. bis 5. Lebensjahr mit Ganztagsbetreuung),
- die ganztägige Gemeinsame Schule der 6- bis 15-Jährigen (unter Bereitstellung von ausreichenden Ressourcen zur Individualisierung, mit der für die ganztägige Betreuung erforderlichen Ausstattung und mit der Bereitstellung von unterstützendem Personal, wie BeratungslehrerInnen, SozialarbeiterInnen, ...),
- ein humanes Dienstrecht, das für die PädagogInnen in allen Bildungseinrichtungen mit Öffentlichkeitsrecht gilt und in pädagogischer und inhaltlicher Hinsicht den Erfordernissen unserer Gesellschaft entspricht,
- ein leistungsgerechtes Besoldungsrecht, das dafür sorgt, dass alle PädagogInnen eine Lebensverdienstsumme erreichen, die der bisherigen Lebensverdienstsumme eines AHS-Lehrers entspricht (Die Höhe des Verdienstes der PädagogInnen ist ein Indikator für die Wertigkeit der Bildung in einer Gesellschaft.),
- ein Besoldungs- und Dienstrecht, das keine Unterschiede zwischen den PädagogInnen verschiedener Bildungseinrichtungen oder verschiedenem Dienstalter erzeugt,
- eine in ihrer Wertigkeit einheitliche, universitäre Ausbildung, die es den PädagogInnen ermöglicht, fundiert und professionell zu reagieren, wenn sich die SchülerInnen in ihrem kognitiven Leistungsvermögen, ihrem emotionalen oder sozialen Verhalten auf Grund gesellschaftlicher, familiärer oder persönlichen Entwicklungen verändern,
- die Infrastruktur (Arbeitsplätze, EDV-Ausstattung, Unterrichtssoftware,..), die es den PädagogInnen erst ermöglicht, einen Teil ihrer Arbeit an ihrem Arbeitsplatz, der jeweiligen Bildungseinrichtung zu verrichten. Viele PädagogInnen sind Heimarbeiter, sie finanzieren ihren Arbeitsplatz zum Teil selbst und stellen ihn dem Dienstgeber, der Gesellschaft, zur Verfügung.

Einige dieser Wünsche entsprechen angesichts der Realität Träumen. Das eine oder andere lässt sich auch mit Geld nicht erkaufen. Einiges davon ließe sich aber mit den kolportierten 13.000.000.000 bis 19.000.000.000 Euro (oder mehr?), die die österreichischen SteuerzahlerInnen in den nächsten Jahren/Jahrzehnten für faule Kredite, Ramschanleihen u. a. du-

biose Geschäfte bezahlen müssen, schon finanzieren. Es geht uns also nicht besser als vielen anderen BürgerInnen weltweit. Wir stehen für sogenannte „systemrelevante“ Banken gerade, die ihren Kunden trotz fragwürdiger Besicherungen Kredite gewährten und diese auslagerten, damit sie die Bilanzen nicht trübten und die Manager in den Genuss ihrer Boni kamen.

Überraschend war in diesen Fällen, wie schnell die Politik (jeglicher parteipolitischer Ausrichtung – von rechtskonservativ bis sozialdemokratisch oder grün) in den meisten Ländern (auch Österreich) bereit war, auch zu ehemals als kommunistisch bezeichneten Maßnahmen zu greifen, wie die Verstaatlichung. Die Begründungen waren je nach ideologischer Herkunft unterschiedlich:

- Die Spareinlagen müssen gesichert werden.
- Wir müssen das Vertrauen in die Banken wieder herstellen.
- Wir müssen verhindern, dass es zu einem Domino-Effekt kommt.
- Wenn wir die Bank in die Insolvenz schicken, bricht das ganze System zusammen.

Angesichts dieser und anderer Begründungen drängen sich aber einige Fragen auf:

- Können die Spareinlagen (bis zu einer gewissen Höhe) nicht auch dadurch gesichert werden, dass der Steuerzahler ausschließlich darauf eine Garantie abgibt?
- Sollte man, angesichts der Bankenkrise, statt Vertrauen nicht eher Misstrauen gegenüber den Banken hegen und diese zur absoluten Transparenz den Kunden und der Öffentlichkeit gegenüber verpflichten?
- Was ist das System wert, das einige wenige (Spekulant und Bankmanager) Millionen (an Gewinnen und Boni) einstreifen lässt und andere in Armut hinterlässt?
- Warum hat in unserer Gesellschaft die Bildung von jungen Menschen – ganz offensichtlich – keine Systemrelevanz?
- Warum greift die ÖVP auf Bundesebene zwar zum „kommunistischen“ Mittel der Verstaatlichung, lässt aber eine Gemeinsame Schule, die auch in konservativ geführten Ländern als beste Lösung akzeptiert wird, nicht zu?

Der Schulplaner

der PflichtschullehrerInnengewerkschaft (FSG) in Zusammenarbeit mit den Freien LehrerInnen hat im vergangenen Herbst großen Anklang gefunden. Auch für das neue Schuljahr bieten wir ihn allen Vorarlberger PflichtschullehrerInnen kostenlos an.

Inhalt:

- 88 Seiten für die wöchentlichen Stundenvorbereitungen
- 24 Seiten Notenlisten
- 10 Seiten für Notizen
- wichtige Telefonnummern
- Stundenpläne

Auf unserer Homepage www.freielehrer.at gibt es ein gekürztes Ansichtsexemplar zum Durchblättern.

Damit du den Schulplaner schon gegen Ende dieses Schuljahres in den Händen halten kannst, benötigen wir bereits jetzt deine Bestellung.

Bestellungen an:

unterkoflergerhard@hotmail.com

schulnotizen@hotmail.com

Sollten mehrere LehrerInnen an deiner Schule Interesse zeigen, bitte alle Namen in einer Sammelliste uns schicken.



www.freielehrer.at
DIE Homepage für Vorarlberger LehrerInnen

